



HESSISCHER LANDTAG

12. 03. 2024

Plenum

Dringlicher Entschließungsantrag

Fraktion der CDU,

Fraktion der SPD

Flächendeckende Einführung der Bezahlkarte für Asylbewerber

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag begrüßt die Einigung der Länder auf bundeseinheitliche Standards für eine Bezahlkarte für Flüchtlinge. Es ist ein wichtiges Zeichen für die Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit aller politischen Ebenen, dass einheitliche Standards für die Bezahlkarte vereinbart wurden.
2. Der Landtag begrüßt ein einheitliches, sachliches, konstruktives Handeln und ein bundeseinheitliches Vorgehen in Bezug auf die Einführung der Bezahlkarte. Die gerade angelaufenen Modellprojekte in Hamburg und Bayern können hierbei wichtige Erkenntnisse für das Vorgehen in Hessen wie auch bundesweit bieten.
3. Der Landtag begrüßt die Anstrengungen der Landesregierung um die Einführung der Bezahlkarte. Ebenso unterstützt der Landtag, dass die Landesregierung u. a. im engen Austausch mit den Kommunalen Spitzenverbänden und den anderen Ländern steht.
4. Der Landtag begrüßt, dass die Einführung der Bezahlkarte zur Verwaltungsvereinfachung und Vereinheitlichung von Zahlvorgängen in den Kommunen dient. Die Bezahlkarte muss ausschließlich für den Lebensunterhalt in Deutschland bestimmt und Überweisungen müssen ausgeschlossen sein. Insbesondere soll mit ihrer Einführung verhindert werden, Geld aus staatlicher Unterstützung in die Herkunftsländer zu überweisen und so menschenverachtende Schlepperkriminalität zu unterstützen. Die Bezahlkarte soll diskriminierungsfrei gestaltet sein. Gleichzeitig soll sichergestellt werden, dass Bargeldabhebungen in bedarfsgerechter Höhe ermöglicht werden.
5. Der Landtag stellt fest, dass die Verzögerung auf Bundesebene und die zwischenzeitlich ausgeübte Blockadehaltung von Bündnis 90/Die Grünen nicht hilfreich war. Noch weniger hilfreich ist nun, auf Landesebene dem vorgegebenen Ausschreibungsverfahren vorgehen zu wollen. Der Landtag unterstützt die Landesregierung in ihrem gewählten Verfahren zur Einführung der Bezahlkarte.

Begründung:

Erfolg mündlich.

Wiesbaden, 12. März 2024

Für die Fraktion
der CDU
Die Fraktionsvorsitzende:
Ines Claus

Für die Fraktion
der SPD
Der Fraktionsvorsitzende:
Tobias Eckert